

# NIEDERSCHRIFT

aufgenommen in der Sitzung des Gemeinderates am **Mittwoch, dem 17. Dezember 2014**,  
um 18:00 Uhr im Gemeindeamt in Launsdorf, Hauptstraße 24.

Die Sitzung ist öffentlich, sofern während dieser Sitzung keine anders lautenden Beschlüsse gefasst werden.

## Anwesend:

Bgm. Seunig Konrad  
1. Vzbgm. Ing. Alois Kreisel  
GV DI Sacherer Manfred  
Fischer Hannelore  
MMag. Gerhard Buchacher  
Schmid Hannes  
Ing. Possegger Günter  
Hütter Leo  
Janz Matthias  
Gföllner Walter iVf Ing. Kogelnig Franz  
Mag. STEFAN Bertram iVf Sacherer Franz

2. Vzbgm. Kohlweg Karl  
Schratt Peter in Vertretung für GV Körbler Cornelia  
Dr. Slamani Johann  
Grilz Wolfgang  
Moser Ferdinand  
Rainer Christoph  
Gangl Matthias  
Gassinger Sabine

GV Ing. Mag. Göschl Ewald, BEd  
Rabitsch Johannes  
DI Adrian Reichhold

Grojer Ernst

Schriftführerin: Gabriele Bodner  
In beratender Funktion: AL Ing. Petrasko Stefan

## **1. Eröffnung und Begrüßung; Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Seunig eröffnet die Sitzung um 18:01 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Vollzähligkeit und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Freiheitlichen in St. Georgen am Längsee stellen einen Antrag gemäß § 41 K-AGO betreffend Adaptierung des neuen Amts- und Kulturhauses - barrierefreier Zugang. Dieser Antrag wird dem nächsten Ausschuss A1 zugewiesen.

## **2. Behandlung der Niederschrift vom 11. 9. 2014 gem § 45 Abs 5 K-AGO**

Die Niederschrift wurde den Protokollzeugen, sowie allen Mitgliedern des Gemeinderates vorgelegt.

Die Protokollzeugen haben die Niederschrift bereits unterfertigt.

Göschl teilt mit, dass bei der letzten Sitzung bezüglich der Sanierung bei der Kirche in Launsdorf (Vorplatz und Mülldeponie) gesagt wurde, dass alle Gemeindevorstandmitglieder eingeladen wurden. Dies stimmt jedoch nicht. Laut Rücksprache beim AL Ing. Petrasko stellte sich heraus, dass bei dieser Besprechung nur folgende Personen geladen waren: Bürgermeister Seunig, AL Petrasko, Vzbgm. Kohlweg und Kreisel, Grojer Ernst, Martha Weißböck, Gritzner Heinz, Frau Reichstamm. Er als Gemeindevorstand wurde zu dieser Besprechung nicht eingeladen, was in der letzten Sitzung behauptet wurde.

Petrasko teilt mit, dass das Protokoll richtig verfasst wurde, und diese Wortmeldung im neuen Protokoll aufgenommen wird.

## **3. Bericht des Bürgermeisters**

Es ist erfreulich, dass bei der Rüsthaussanierung heute das Obergeschoß mit dem Holzriegelbau entstanden ist. Morgen um 16:30 Uhr wird die Gleichfeier stattfinden. Alle sind recht herzlich eingeladen. Über die Wintermonate werden die Innenausbauten von der Feuerwehr selbst erledigt.

Weiters sehr erfreulich ist der Bau des Hotels mit 140 Betten am Weinberg Taggenbrunn in Verbindung mit der Buschenschank. Es hat vor Ort eine Besprechung gegeben, zu der er persönlich eingeladen war. Das Projekt Hotel wurde über einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben, wird sehr ansehnlich und ist für unsere Gemeinde sehr wertvoll.

Die Asphaltierung der Niederung wurde abgeschlossen und die Bevölkerung ist sehr froh darüber. Es hat eine lange Vorlaufzeit und Diskussionen benötigt. Auch der Straßenreferent wurde immer mit eingebunden.

Die Einbindung Salzburgerfeld wurde ebenfalls asphaltiert und ist gelungen.

Eine weitere positive Meldung ist, dass der Breitbandausbau von A1 Telekom welcher voraussichtlich bei uns stattfinden wird. Die Gemeinde ist ein Pilotprojekt und es kann bereits darüber abgestimmt werden.

Der Vorplatz bei der Aufbahnhalle in Launsdorf und die Müllinsel wurden fertiggestellt. Auch die Kirchenmauer wurde saniert.

Der neue Spielplatz bei der Volksschule Launsdorf wird gerne von den Kindern benutzt.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die verschiedensten Aktivitäten wie z.B. die Adventmärkte. Ende November am Vorplatz des Gemeindeamtes, Adventmarkt auf der Burg Hochosterwitz, Basare im Stift St. Georgen, Adventkonzerte, usw. Den Jahresabschluss bildet die traditionelle Silvesterwanderung auf den Magdalensberg.

Start um 14 Uhr bei der Feuerwehr St. Sebastian. Am Magdalensberg gibt es dann einen Willkommensgruß Feuerwehrmusik Pölling. Mit unserem Pfarrer DDr. Stromberger findet eine Andacht in der Kirche am Magdalensberg statt. Gegen 17:00 Uhr beginnt der Rückmarsch mit Fackeln und abschließendem Umtrunk beim Feuerwehrhaus in St. Sebastian.

#### 4. Bericht des Kontrollausschusses vom 10. 11. 2014

Berichterstatter: DI Adrian Reichhold, Obmann des Kontrollausschusses

Reichhold teilt mit, dass es seit der letzten GR-Sitzung zwei Kontrollausschuss-Sitzungen gegeben hat. Die erste hat am 10. 11. 2014 und die zweite am 1. 12. 2014 stattgefunden. Am 10. 11. 2014 wurde die Amtskasse geprüft und es wurde festgestellt, dass die Kasse, die Sparbücher und die Bankauszüge mit dem Tagesabschluss übereinstimmen. Auch das Belegwesen wurde von der Belegnummer 2553/2014 bis 4730/2014 und im Strandbad von der Belegnummer 195/2014 bis 383/2014 geprüft, wobei sachlich und rechnerisch keine Mängel festgestellt wurden.

Punkt 4) war die Prüfung– Kosten Schülertransporte 2013/2014.

Der Vorsitzende erläutert die vorliegende Aufstellung über die tatsächlichen Kosten für die Schülertransporte der Gemeinde.

2007/2008	€ 39.261,09
2008/2009	€ 51.616,38
2009/2010	€ 44.258,08
2010/2011	€ 43.395,50
2011/2012	€ 37.329,39
2012/2013	€ 40.010,43
2013/2014	€ 46.712,46

Im Ausschuss wurde ausführlich darüber diskutiert und der Amtsleiter erklärte, dass aufgrund der Änderung der Route und des Fahrplanes, die Kostenerhöhungen stattgefunden haben. Die Reinigungskräfte der Volksschule Launsdorf müssen jetzt nicht mehr vor Schulbeginn auf die Kinder aufpassen.

Griz teilt mit, dass er es nicht für richtig empfunden hat, dass seinerzeit Herr Frantar als einheimischen Unternehmen ausgebremst wurde. Zwischenzeitlich hat Herr Frantar seinen Bus verkauft.

Sacherer Manfred sagt, dass man jetzt nicht mehr feststellen kann, was Herr Frantar heute kosten würde. Damals bei der Ausschreibung war Herr Frantar um 30 % teurer als die Fa. Hofstätter.

Göschl hat vorgeschlagen, dass bis zur nächsten Sitzung eine Kilometerauflistung der Schülertransporte, die Anzahl der Schüler sowie die Sitzanzahl der Busse vorgelegt werden soll.

Punkt 5) betraf die Prüfung –Strandbad 2013 und 2014.

Reichhold berichtet, dass heuer an das Strandbad schon € 50.000,-- als Abgangsdeckung überwiesen wurden. Laut Gewinn und Verlustrechnung hat das Strandbad im Jahr 2009 einen Verlust von € 18.986,62, 2010 einen Gewinn von € 3.311,36, 2011 einen Verlust von € 24.785,-- und 2012 einen Verlust von € 14.247,--, erwirtschaftet. Im Jahr 2013 wurde das Strandbad in die Kameralistik als „Gebührenhaushalt“ aufgenommen und produzierte einen Abgang in der Höhe von € 483,96. Für 2014 sieht es nicht gut aus. Trotz einer Abgangsdeckung in der Höhe von € 50.000,--, muss die Gemeinde mit einem Abgang von ca. €15.000,-- bis € 20.000,-- rechnen. Auch der höhere Pachtzins an das Bistum trägt dazu bei. Die Personalkosten belaufen sich für 2014 auf € 73.886,99, 2013 auf € 94.565,15, 2012 auf € 85.666,--, 2011 auf € 85.224,-- und 2009 auf € 72.751,--. Bei der internen Verrechnung zwischen dem Bauhof Gemeinde und dem Strandbad belaufen sich die Kosten 2014 auf € 8.671,-- und 2013 auf € 11.087,50. Er ist der Meinung, dass das gesamte Strandbad an einem privaten Betreiber, eventuell dem Stift St. Georgen, übergeben werden sollte.

Petrasko sagt dazu, dass Reichhold nicht nur die Verluste, sondern auch den Cash-Flow vorlesen sollte, denn dieser betrug im Jahr 2010 € 65.832,--, 2011 € 29.288 und 2012 € 30.339,--.

Sacherer Manfred sagt dazu, dass man schon vor ungefähr 20 Jahren über eine Bildung einer Gesellschaft diskutiert hat. Das Bistum bringt selbst nichts weiter. Man kann über alles diskutieren, aber im Grund macht der Sommer das Geschäft.

Punkt 6) betraf die Prüfung – Vollmondwanderung 2013 und 2014.

Reichhold verliest die Aufstellung der Vollmondwanderungen 2013 und 2014.

2013 fand auf Grund der Wetterverhältnisse nur eine Vollmondwanderung am 21.08.2013 im Stift St. Georgen am Längsee, mit ca. 500 Besuchern, statt. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 900,--, welche vom Tourismusverband St. Georgen am Längsee übernommen wurden.

2014 wurden Fackeln für die Wanderung in der Höhe von € 139,69 gekauft. Die Vollmondwanderung am 13. 06. 2014 am Längsee wurde wegen Schlechtwetter abgesagt.

Am 10. 08. 2014 fand eine auf der Burg Hochosterwitz, mit ca. 700 Besuchern, statt. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 1.500,--, welche vom Tourismusverband in der Höhe von € 1.200,-- und von der Gemeinde in der Höhe von € 300,--, übernommen wurden.

Am 09. 09. 2014 fand die Vollmondwanderung im Stift, mit ca. 200 Besuchern, statt. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 1.400,-- und wurden von der Gemeinde übernommen.

Grilz fragt an, ob Kreisel auch Einnahmen für die Vollmondwanderungen abgerechnet hat. Kreisel soll von den Besuchern Spenden eingesammelt haben. Normal müsste er diese als Einnahme verbuchen und erst danach an die Künstler als Spende weitergeben. Wenn die Künstler selber sammeln ist es etwas anderes, aber nicht der Kulturreferent und Vizebürgermeister der Gemeinde.

Seunig bedankt sich bei Herrn Reichhold für seine Ausführung und teilt mit, dass der Bericht des Kontrollausschuss vom 1.12.2014 bei der nächsten GR-Sitzung behandelt wird.

Reichhold bittet um Erlaubnis bezüglich Berichterstattung des Kontrollausschusses vom 1.12.2014. Er hat diesbezüglich bereits mit dem Amtsleiter gesprochen, dass dieser Tagesordnungspunkt bei der Einladung fehle.

Seunig teilt mit, dass er für die Festlegung der Tagesordnung zuständig ist.

Slamanig sagt, dass es diese Vorgangsweise bisher noch nie gegeben hat. Er sieht nicht ein, dass der Kontrollausschuss nicht berichten darf. Sachlich möchte er festhalten, dass dies die letzte ordentliche GR-Sitzung in dieser Periode und dieser Zusammensetzung ist. Der Gemeinderat hat laut § 35 der K-AGO erzwingen, dass der Bericht weitergeführt wird. Wer nichts zu verbergen hat, wird sich dem Kontrollausschussbericht auch nicht verschließen. Es ist ein Grundrecht der GR-Mitglieder umfangreich informiert zu werden. Er fühle sich in seinen demokratischen Rechten verletzt.

Göschl dankt Herrn Slamanig für seine Worte und möchte den Obmann, für seine wertvolle Arbeit, ein großes Lob aussprechen. Aufgrund der 1. Sitzung bezüglich Vollmondwanderung und Kontrolle der Schülertransporte, fehlten Schülerzahlen und Kilometerangaben und es wurde eine 2. Sitzung einberufen. Bei der Einladung dachte er, es handle sich um einen Tippfehler, dass die 2. Sitzung nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderates war.

Slamanig stellt den Antrag nach Geschäftsordnung, dass der Kontrollausschussobmann von der Sitzung am 1. 12. 2014 berichtet.

Seunig teilt mit, dass er den Antrag schon früher erwartet hätte. Es wurde jedoch offensichtlich kein Wert darauf gelegt.

Sacherer Manfred, sagt, dass es nun einmal Fakt ist, dass der Kontrollausschussobmann nur über Tagesordnungspunkte berichten darf, die auf der Einladung stehen. Natürlich haben wir nichts zu verbergen und die SPÖ-Fraktion wird sich nicht gegen die Berichterstattung wehren.

**BESCHLUSS:** Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass der Ausschussobmann über die Kontrollausschuss-Sitzung vom 1. 12. 2014 unter TOP 17 berichten wird.

TOP 17 wird vor dem TOP 5 behandelt.

## **17. Bericht des Kontrollausschusses vom 1. 12. 2014**

Reichhold berichtet von der Kontrollausschuss-Sitzung am 1. 12. 2014

Zu Tagesordnungspunkt 1) Bericht Vollmondwanderungen behandelt wurde.

Grilz fragt Kreisel, ob er die Einnahmen für die Vollmondwanderungen abgerechnet hat. Er soll von den Besuchern Spenden eingesammelt haben. Normal müsste er diese als Einnahme verbuchen und erst danach an die Künstler als Spende weitergeben. Wenn die Künstler selber sammeln ist es etwas anderes, aber nicht der Kulturreferent und Vizebürgermeister der Gemeinde.

Kreisel sagt dazu, dass das Kulturreferat sparsam mit den Mittel umgehen muss, denn die Künstler spielen um „nur“ € 150,-- bis € 200,--. Es ist in den Künstlerkreisen die übliche Vorgehensweise, dass bei solchen Veranstaltungen ein Hut oder ein Körberl herumgeht, um die Gagen aufzubessern. Er schlägt vor, dass der Kontrollausschuss die beteiligten Künstler befragen sollte. Die Spenden in der Höhe von € 700,-- wurden im „4“-Augenprinzip gezählt und danach eine Hälfte € 350,-- der Burggarde und die andere Hälfte den Künstlern aufgeteilt.

Grilz berichtet, dass bei Veranstaltungen der Feuerwehr zwei Personen bei der Kasse das Geld einnehmen und danach, dieses als Spende ausbezahlt wird.

Der Kontrollausschuss kommt einstimmig zur Auffassung, dass der zukünftige Kulturreferent über die richtige Vorgehensweise aufgeklärt werden soll. Es müssten bei solchen Anlässen Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben geführt werden.

Weiters erfolgte die Prüfung der Amtskasse.

Die Kasse, die Sparbücher und die Bankauszüge stimmen mit dem Tagesabschluss überein.

Geprüft wurde auch das Belegwesen.

Die Belege wurden von der Belegnummer 4731/2014 bis 5101/2014 und im Strandbad von der Belegnummer 384/2014 bis 387/2014 geprüft, wobei sachlich und rechnerisch keine Mängel festgestellt wurden.

Punkt 6) betraf die Prüfung – Arbeitsstunden Bauhof 2013 und 2014.

Die Bauhoflisten sowie die Bauhofberichtete für die Jahre 2013 und 2014 wurden durchgesehen. Dabei seien einige Leistungen aufgefallen, die die Gemeinde für die SPÖ gemacht hat, ohne dafür eine Rechnung bezahlt zu haben. Das wären unter anderen beim Längseeball, 1. Mai Feier und Lieferung von Tischen zur NMS Brückl.

Grilz sagt dazu, dass er sich noch daran erinnern kann, als die 1. Maifeier in der Ternitz stattgefunden hat. Damals wurde der Baum von den SPÖ-Mitgliedern gefällt und für die Maibaumaufstellung hergerichtet; also eine reine SPÖ-Angelegenheit. Er spricht sich dafür aus, dass die SPÖ die Kosten der Arbeiter und der Fahrzeuge an die Gemeinde

rückerstattet. Letztlich möchte er noch, dass die FF-Launsdorf den Maibaum aufstellen sollte.

Reichhold berichtet, dass für den Längseeball die Gemeindearbeiter 2012, 2013 und 2014 die Stühle und die Bühne auf- und abgebaut haben. Auch dabei wurden keine Kosten weiterverrechnet. Weiters sei ihm aufgefallen, dass Arbeits- und Fahrzeugstunden für die Bereitstellung der Stehtische an die NMS Brückl erfolgte. Jeweils Ende Juni für 2012, 2013 und 2014, wobei keine Weiterverrechnung an die NMS Brückl erfolgte.

Grilz spricht sich für eine Weiterverrechnung der Arbeits- und Fahrzeugstunden für den Längseeball, Maibaumaufstellung und die Lieferung der Stehtische an die NMS Brückl aus.

Der Kontrollausschuss beschloss mit Stimme des Obmannes, dass die Kosten (Arbeitsstunden) die für den Längseeball angefallen sind, von der SPÖ für die Jahre 2012, 2013 und 2014, zurückzuzahlen sind.

Der Kontrollausschuss empfiehlt daher dem Gemeinderat, dass die Kosten die der Gemeinde für die Aufstellung des Maibaumes für die SPÖ-Veranstaltung entstanden sind, zu verrechnen. Ob der Maibaum integrierter Bestandteil dieser SPÖ-Veranstaltung ist, soll von einer übergeordneten Stelle geklärt werden.

Der Kontrollausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, dass die Kosten für die Bereitstellung der Stehtische an die NMS Brückl, auf die Verfügungsmittel des Bürgermeisters umgebucht werden sollen.

Slamanig empfiehlt der SPÖ, die Kosten zu refundieren. Er hält die Vorgangsweise für keinen guten Stil („Schlawinertum“). Die FPÖ sollte zum Ausschank eingeladen werden.

Grojer: Er hält die 1. Maifeier für eine Gemeindeveranstaltung,. Auch der Sportverein hat eine Fuhre Schotter bekommen. Die Feuerwehrautos werden auch öfters woanders benützt. Diese Feinspitzeleien gefallen ihm nicht; Vereinsförderungen auf diese Weise wären nicht abzdrehen.

Seunig teilt mit, dass beim Schnitterfest auch die Feuerwehren mit dabei waren und hier ebenfalls keine Verrechnung erfolgte. In Brückl gehen unsere Kinder zur Schule. Wenn in unseren Schulen etwas benötigt wird, wird dies ebenfalls zugestellt. Es kommt ja den Kindern zu Gute. Auch für andere Vereine wird die Bühne geführt. Dies ist der Beitrag der Gemeinde für die Vereine.

Grilz sagt, dass die Gemeinde nicht der Selbstbedienungsladen für die SPÖ sein kann. Der Längseeball ist eine SPÖ Veranstaltung und es kann nicht sein, dass unsere Gemeindemitarbeiter dafür eingeteilt werden.

Beim Schnitterfest, wurde der Transport von den Bühnenelementen immer selbst organisiert und abgeholt. Bauhoffahrzeuge und Bauhofmitarbeiter wurde nie beansprucht. Die Feuerwehrmänner werden für ihre Arbeiten bezahlt. Grojer Ernst sei der 12. SPÖ-Gemeinderat.

Seunig sagt, dass er froh sei, dass sich die Vereine gegenseitig unterstützen und wir ein florierendes Vereinsleben in unserer Gemeinde haben. Wenn der Bus der Feuerwehr woanders hin fährt, wird auch nicht alles genau kontrolliert und dokumentiert.

Nicht jeder Verein oder Partei hat einen Traktor, der die Bühnenelemente führen kann. Hier hilft die Gemeinde aus. Wenn das Stift oder die Feuerwehrmusik Pölling die Bühne benötigen, wird diese auch kostenfrei zugeliefert. Es ist auch für Vereine immer schwieriger Leute zum Arbeiten zu bekommen. Dazu gehören auch die Feuerwehrautos, die jedes Jahr drei Tage lang beim Motocross in Mairist sind. Fraglich sind dann solche Anfragen, wie die der ÖVP, wo ein Parteausflug nach Wien bezahlt werden soll.

Sacherer: Er hält diese Diskussion ausschließlich für ein Vorwahlgeplänkel.

Rainer verlässt die Sitzung um 18:50 Uhr.

## 5. Veränderungen am öffentlichen Gut:

Berichterstatter: Ing. Possegger Günter, Obmann des Straßenausschusses

### 5) a) Verordnung Zahl 003-3/001/2014-16: Zuschreibung zum öffentlichen Gut (Bereich Waldrand)

Possegger weist auf den Abtretungsvertrag zwischen Hildegard Reautschnig und der Gemeinde St. Georgen am Längsee hin. Darin wird festgehalten, dass Frau Hildegard Reautschnig das Grundstück 531/19 mit 821 m<sup>2</sup> lastenfrei und entschädigungslos an das öffentliche Gut der Gemeinde St. Georgen am Längsee abtritt.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Straßenausschusses beschließt der Gemeinderat mit **22** gegen **0** Stimmen, (Reichhold nicht anwesend) dass das Grundstück 531/19 KG 74507 Goggerwenig dem öffentlichen Gut zuzuschreiben ist.  
Der Abtretungsvertrag der Öffentlichen Notare Partnerschaft Dr. Isolde Sauper und Dr. Siegfried Übeleis vom 1. 9. 2014 bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Straßenausschusses beschließt der Gemeinderat weiters mit **22** gegen **0** Stimmen die Verordnung vom 17. 12. 2014, Zahl: 003-3/001/2014-16, mit der das Grundstück 531/19 KG 74507 Goggerwenig ins öffentliche Gut übernommen wird. Die Verordnung bildet einen Integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

### 5) b) Verordnung Zahl 003-3/001/2014-17: Abschreibung vom öffentlichen Gut (Bereich Auf der Peintn)

Possegger weist auf die beiliegende Vermessungsurkunde hin. Er erläutert, dass von der Weg-Parzelle 584 KG 74527 St. Georgen am Längsee ca. 20 m<sup>2</sup> an Fellner Manfred abgetreten werden.

Die erforderliche Wegbreite ist auch nach der Abtretung gegeben.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Straßenausschusses beschließt der Gemeinderat mit **22** gegen **0** Stimmen, dass die Trennstücke 1(10 m<sup>2</sup>) und 2 (10 m<sup>2</sup>), alle KG 74527 St. Georgen am Längsee, vom öffentlichen Weggrundstück 584 KG 74527 St. Georgen am Längsee gemäß der Vermessungsurkunde der Angst Geo Vermessung ZT GmbH, Lorenzenberger Straße 1, 9322 Micheldorf-Hirt vom 23. 10. 2014, G.Z.: 13414-H-V2-U abgeschrieben und für den Allgemeinbrauch aufgelassen werden.  
Die Verordnung vom 17. 12. 2014, Zahl: 003-3/001/2014-17, bildet einen Integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

### 5) c) Verordnung Zahl 003-3/001/2014-18: Zuschreibung zum öffentlichen Gut (Bereich Salzburgerfeld)

Possegger erläutert, dass auf einer Fläche von 134 m<sup>2</sup>, welche im Eigentum von Herrn Hermann Erlacher steht, die adaptierte Straßenkreuzung Salzburgerfeld – L84 Längsee Landesstraße errichtet worden ist.

Reichhold kommt wieder zur Sitzung um 18:54 Uhr.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Straßenausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** gegen **0** Stimmen, dass das Grundstück 839/2 KG 74514 Launsdorf mit einer Gesamtfläche von 134 m<sup>2</sup> dem öffentlichen Gut – Verbindungsstraße gemäß der Vermessungsurkunde vom 18. 11. 2014, G.Z. 14622-H-V1-U der Angst Geo Vermessung ZT GmbH, Lorenzenberger Straße 1, 9322 Micheldorf dem öffentlichen Gut – Verbindungsstraße - lastenfrei zugeschrieben wird.

Die Verordnung vom 17. 12. 2014, Zahl: 003-3/001/2014-18, bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

5) d) Salzburgerfeld: Abtretungsvertrag mit Herrn Hermann Erlacher

Possegger weist auf den beiliegenden Abtretungsvertrag zwischen Hermann Erlacher und der Gemeinde St. Georgen am Längsee hin. Als Abtretungspreis für 134 m<sup>2</sup> an das öffentliche Gut der Gemeinde wurden € 5.360,00 vereinbart.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Straßenausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** gegen **0** Stimmen, den Abtretungsvertrag zwischen der Gemeinde St. Georgen am Längsee und Herrn Hermann Erlacher, Kirchweg 6, 9313 St. Georgen am Längsee mit dem 134 m<sup>2</sup> aus dem Grundstück 839 KG 74514 Launsdorf an die Gemeinde St. Georgen am Längsee abgetreten werden. Der Abtretungspreis beträgt € 5.360,00 zuzüglich Nebenkosten.

**6. Verordnung, Zahl: 003-3/005/2014-1, mit welcher die Straßen und Wege der Gemeinde St. Georgen/Längsee als Gemeindestraßen und Verbindungsstraßen erklärt werden (Einreihungsverordnung)**

**Entfällt**, da die Aufsichtsbehörde, Amt der Kärntner Landesregierung – Abt. 3, am 12. 12. 2014 im Rahmen der Verordnungsprüfung mitgeteilt hat, dass für die Ausschüttung einer KBO-Förderung in diesem geringen Ausmaß (50 m<sup>2</sup>) keine Kategorisierung nötig ist.

**7. Austausch von digitalen geographischen Daten: Rahmenvereinbarung**

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

Janz erläutert die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Kärnten und den Kärntner Gemeinden, die den gegenseitigen Austausch von geographischen Daten zwischen diesen beiden Gebietskörperschaften zum Inhalt hat.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** zu **0** Stimmen, die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land Kärnten und den Kärntner Gemeinden, die den gegenseitigen Austausch von geographischen Daten zwischen diesen beiden Gebietskörperschaften zum Inhalt hat.  
Die Rahmenvereinbarung bildet einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses.

## 8. Flächenwidmungsplan-Änderungen:

Berichterstatte Dr. Johann Slamanig, Obmann des Raumordnungsausschusses

### 8.a. Kundmachung vom 11. 7. 2014:

TOP	Lfd. Nr.	Grundstück:	Katastralgemeinde:	Antragsteller:	Derzeitige Widmung:	Beantragte Widmung:	Fläche m <sup>2</sup>
8)a)1)	5a/ 2014	.4 .6(T) .8 .2 57 67(T) 73/3(T) 73/1(T)	74533 Taggenbrunn	Alfred und Andrea RIEDL	Grünland-Hofstelle eines land- und forstwirtschaftliche n Betriebes	Bauland - Kurgebiet	12.630
8)a)2)	5b/ 2014	55/1(T) 73/1(T) 76(T) 55/4(T) .6(T) 59/5(T) 73/3(T) 60(T) 67(T) 72/3(T) 73/4(T) 59/1(T) 59/6(T) 72/4(T) 59/4(T)	74533 Taggenbrunn	Alfred und Andrea RIEDL	Grünland - für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland	Bauland - Kurgebiet	7.535

Umwidmungspunkt 5a/2014: Stellungnahme Ausschuss A3: positiv; Stellungnahme Abt. 3: positiv mit Auflagen (Verkehrskonzept; Bundesdenkmalamt). Nähere Details sind den Unterlagen zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Raumplanungsausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** gegen **0** Stimmen, dass dem vorliegenden Antrag 5a/2014 im Ausmaß von 12.630 m<sup>2</sup> zugestimmt wird.

Der Lageplan bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Umwidmungspunkt 5b/2014: Stellungnahme Ausschuss A3: positiv; Stellungnahme Abt. 3: positiv mit Auflagen (Verkehrskonzept; Bundesdenkmalamt). Nähere Details sind den Unterlagen zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Raumplanungsausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** gegen **0** Stimmen, dass dem vorliegenden Antrag 5b/2014 im Ausmaß von 7.535 m<sup>2</sup> zugestimmt wird.

Der Lageplan bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

8.b. Kundmachung vom 14. 11. 2014:

TOP	Lfd. Nr.	Grundstück:	Katastral-gemeinde:	Antragsteller:	Derzeitige Widmung:	Beantragte Widmung:	Fläche m <sup>2</sup>
8)b)	4a/b 2014	48/1 (T) 53 (T) 56 (T)	74533 Taggenbrunn	Alfred und Andrea Riedl	Grünland Land- und Forstwirtschaft	Bauland Kurgebiet	5.110

Umwidmungspunkt 4a/2014 und 4b/2014: Stellungnahme Ausschuss A3: positiv; Stellungnahme Abt. 3: positiv mit Auflagen (Integriertes Flächenwidmungs- und Bebauungsverfahren; Bundesdenkmalamt). Nähere Details sind den Unterlagen zu entnehmen.

Die Verordnung der Gemeinde St. Georgen am Längsee vom 17. 12. 2014, Zahl (noch offen) – „Integrierte Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung „Hotel im Weinberg - Taggenbrunn“ wurde im Raumordnungsausschuss erläutert und diskutiert sowie einstimmig beschlossen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Raumplanungsausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23** gegen **0** Stimmen, dass dem vorliegenden Antrag 4a/2014 und 4b/2014 im Ausmaß von insgesamt 5.110 m<sup>2</sup> zugestimmt wird.

Der Lageplan und die Verordnung der Gemeinde St. Georgen am Längsee vom 17. 12. 2014, Zahl (noch offen) – „Integrierte Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung „Hotel im Weinberg - Taggenbrunn“ bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

**9. Hort und schulische Tagesbetreuung: Vereinbarung mit der „BÜM gemeinnützige Betreuungs-GmbH, Hauptplatz 23, 9300 St. Veit an der Glan**

Berichterstatlerin: Hannelore Fischer, Obfrau des Sozialausschusses

Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung ist der Betrieb der Schulischen Tagesbetreuung in der Volksschule Launsdorf ab dem Schuljahr 2014/2015. Die Räumlichkeiten und das Mobiliar werden zur Verfügung gestellt. Pädagogisches Material muss ebenfalls von der Gemeinde angeschafft werden. Hinsichtlich der Ablauforganisation ist festzuhalten, dass an Unterrichtstagen die Schulische Tagesbetreuung zwischen 11:00 und 17:00 Uhr geöffnet ist. In der Vereinbarung werden die Einhebung der Elternbeiträge und die Akontozahlungen bzw. die Abrechnungsmodalitäten geregelt. Der Sozialausschuss hat sich einstimmig für den Abschluss der Vereinbarung ausgesprochen.

Göschl teilt mit, dass im Ausschuss lange über diesen Antrag diskutiert wurde. Er persönlich sei sehr enttäuscht von der Vorgangsweise. Die ÖVP hat beantragt, dass die Gemeinde die Kosten für die Hortbetreuung übernehmen sollte, damit die Eltern Ihre Kinder vorzeitig abholen können. Es gab dann einen Termin beim Amt der Kärntner Landesregierung mit Frau Landesschulinspektor Hubmann, wo er gebeten habe, dass er mitfahren möchte. Dies war jedoch nicht gewünscht. Er bekam dann eine schriftliche Antwort über das Ergebnis der Besprechungen per E-Mail.

Er habe mit vielen Leuten gesprochen und darf heute offiziell eine Liste mit 185 Unterschriften, die eine flexible schulische Tages- und Hortbetreuung wünschen, übergeben. Es geht darum, dass Launsdorf eine flexible Nachmittagsbetreuung benötige. In Launsdorf betrifft die Flexibilität 10 Eltern und diese sollte es bekommen.

Seunig stellt fest, dass es heute nicht um die flexible schulische Tages- und Hortbetreuung geht, sondern um die Vereinbarung mit dem BÜM. Er muss aber mitteilen, dass wenn er die Liste jetzt kurz überfliege, es sehr interessant ist, welche Unterschriften darauf zu finden

sind. Die Unterschriften sind nicht nur von Gemeindebürgern. Weiters sagt Seunig, dass es sehr interessant ist, dass die Gattin von Herrn Göschl in der Neuen Mittelschule in St. Veit/Glan diese Unterschriften gesammelt hat.

Es sei leider schade, dass eine qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung unserer Kinder schlecht gemacht wird. Ein Fehler der Verantwortlichen von Anfang an war, dass die Eltern unkoordiniert informiert wurden. Die Eltern, die ihre Kinder jetzt in der Nachmittagsbetreuung haben, sind sehr zufrieden damit. Man darf nicht vergessen, dass eine qualifizierte Betreuung angeboten wird, und wir dafür eine Förderung bekommen. Die Förderung beinhaltet, dass die maßgeblichen Richtlinien eingehalten werden müssen.

Es wurde beim Amt der Kärntner Landesregierung mit Frau Hubmann ausgemacht, dass vor dem nächsten Schuljahr die Eltern ordentlich informiert werden, damit eine solche Unstimmigkeit nicht mehr passiert. Wichtig ist weiters die Anzahl der Kinder. Er selbst sei 15 Jahre lang für die Nachmittagsbetreuung in der Hauptschule bzw. Neuen Mittelschule in Brückl verantwortlich gewesen; dort habe es nie Beanstandungen gegeben und man war trotzdem im Rahmen des Möglichen flexibel.

Sacherer sagt, dass er sich über die Aussendung der ÖVP sehr geärgert habe, da diese nicht der Wahrheit entspreche. Es geht nicht um Fördermittel von € 8.000,-- sondern um € 29.000,--. Die Schulische Tagesbetreuung unterliegt dem Gesetz, und den Hort betreibt das BÜM. Die Gemeinde stellt hier lediglich die Räumlichkeiten zur Verfügung. Weiters steht in der Aussendung, dass die Angelegenheit im Ausschuss nicht behandelt wurde. Dies ist ebenfalls falsch, da zwei Tage vorher ein Ausschuss stattgefunden hat. Man darf die Leute nicht falsch informieren.

Gassinger berichtet, dass sie eine dreifache Mutter ist und leider nicht das Glück hat, dass sie bei den Kindern zu Hause bleiben kann. Sie ist auf eine Kinderbetreuung angewiesen. Das private Hickhack zwischen Göschl und Seunig sollte heute nicht Diskussion sein. Es gehe um unsere Kinder. Im Kindergarten hat man sehr wohl die Möglichkeit, die Kinder vorzeitig abzuholen. Man kann und darf Eltern nicht vorschreiben, dass das Kind jeden Tag bis 16 Uhr im Hort bleiben muss, wenn ich z.B. mein Kind um 14 Uhr abholen könnte. In der Hortgruppe geht es nicht um die Qualität, wer auf die Kinder aufpasst, und es gäbe keine rechtlichen Regelungen. Sie möchte sich nicht jeden Tag rechtfertigen müssen, wenn sie ihr Kind vorher abholen will. Wenn wir uns nicht an die Richtlinien halten, verlieren wir € 29.000,-- an Förderungen. Dies ist kein geringer Betrag, aber es müsste uns wert sein, dass die Kinder und Familien zufrieden sind. Die Gemeinde hat schon wesentlich mehr Geld für andere Vorhaben ausgegeben. Gassinger wundere sich nicht, dass die Geburtenanzahl zurückgehe. Eltern werden an Anfang an nur Steine in den Weg gelegt, weil die Gesetze in diesem Lebensbereich zu weit gingen.

Göschl sagt, dass es unfair ist seine Frau ins Spiel zu bringen. Es war eine Kärnten-Aktion der ÖVP, deshalb auch andere Unterschriften. Es geht um die Wahlfreiheit der Mütter und Väter über ihre Kinder. Das sei sein Zugang.

Grojer meint, dass der Hort sehr wohl unter den bestehenden Bedingungen angenommen werde.

Seunig hält fest, dass es nicht um ein Hickhack sondern um Gesetzmäßigkeiten und Richtlinien gehe, und in diesem Rahmen agieren wir auch. Natürlich gibt es viele Wunschvorstellungen, aber momentan haben wir nicht viele Möglichkeiten. Natürlich können die Eltern ihre Kinder, wenn ein Grund vorliegt, auch vorher holen. Das Ganze geht jetzt vor der Wahl in eine politische Richtung. Wenn die ÖVP eine Änderung des Gesetzes will, müsse sie sich an die Familienministerin wenden. Vor dem nächsten Schuljahr sollte ein

Gespräch mit allen Verantwortlichen stattfinden, damit alle richtig und vollständig informiert werden.

Petrasko erläutert, dass die Schulische Tagesbetreuung dem Kärntner Landesschulgesetz unterliegt und dieses bezüglich der Förderung einzuhalten ist. Den Hort in Launsdorf betreibt das BÜM in Eigenregie; dort müsse man sich an das Kärntner Kindergartensetz halten müssen, und es ist dort festgeschrieben welche Mindestdauer die Kinder im Hort bleiben müssen. Das Land pocht darauf, dass alle Betreiber die Betreuung ordentlich durchführen, ansonsten werden die Förderungen gestrichen. Auch das BÜM ist auf die Förderungen angewiesen. Da sind keine Kosten der Gemeinde drinnen. Das ist der Unterschied.

Göschl meint dazu, dass es dem BÜM als Betreiber wohl egal sei, woher die Förderung komme: vom Land oder von der Gemeinde. Wesentlichen für ihn sei, dass die Eltern einen Bedarf haben.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Sozialausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen, die Vereinbarung zwischen der Gemeinde St. Georgen am Längsee und der BÜM gemeinnützige Betreuungs-GmbH, Hauptplatz 23, 9300 St. Veit an der Glan über den Betrieb der Schulischen Tagesbetreuung in der Volksschule Launsdorf ab dem Schuljahr 2014/2015. Die Vereinbarung bildet einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses.

#### **10. Sanierung Rüsthaus Thalsdorf: Installationsarbeiten: Vergabe**

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

Janz berichtet, dass das Auftragsschreiben der Firma Riposol GmbH aus Althofen für die Installationsarbeiten für den Umbau des Rüsthauses Thalsdorf, in der Höhe von € 41.559,82 vorliegt. Die Verwaltungsgemeinschaft St. Veit an der Glan hat die Arbeiten ausgeschrieben und die Firma Riposol GmbH wurde als Billigstbieter aus drei Angeboten ermittelt.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen das Auftragsschreiben an die Firma Riposol GmbH, Industriepark 12, 9330 Althofen mit dem Installationsarbeiten beim Um- und Zubau der FF Thalsdorf mit einer Bruttoauftragssumme von € 41.559,82 durchgeführt werden. Das Auftragsschreiben bildet einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses.

#### **11. Wirtschaftshof: Vergütungssätze 2015**

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

Janz berichtet, dass sich bei den Vergütungssätzen des Wirtschaftshofes 2015 gegenüber 2014 keine Änderung ergeben hat.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen, die Vergütungssätze des Wirtschaftshofes für das Haushaltsjahr 2015. Die Übersichtsliste mit den Vergütungssätzen 2015 bildet einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses.

Kohlweg verlässt die Sitzung um 19:17 Uhr.

## 12. Finanzierungspläne:

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

### 12.a. Straßenbauprogramm 2014

Janz berichtet, dass der Finanzierungsplan „Straßenbau 2014“ in der Höhe von € 140.300,-- durch Bedarfszuweisungen in der Höhe von € 88.200,--, KBO Förderung in der Höhe von € 20.300,-- und Zuführung vom ordentlichen Haushalt in der Höhe von € 31.800,-- finanziert werden soll.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **22 zu 0** Stimmen, dass der vorliegende Finanzierungsplan „Straßenbau 2014“ in der Höhe von € 140.300,-- durch Bedarfszuweisungen in der Höhe von € 88.200,--, KBO Förderung in der Höhe von € 20.300,-- und Zuführung vom ordentlichen Haushalt in der Höhe von € 31.800,-- finanziert werden soll.

Der Finanzierungsplan bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

### 12.b. Katastrophenschäden 2014

Janz berichtet, dass auf Grund der Katastrophenschäden auf der Taggenbrunner Straße und in Stammersdorf, Mittel aus dem Katastrophenfonds beansprucht werden. Die Kosten belaufen sich auf € 46.400,--, welche mit Bundeszuschüssen von € 23.200,-- und einer Zuführung vom ordentlichen Haushalt € 23.200,--, ausfinanziert werden sollen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **22 zu 0** Stimmen, dass der vorliegende Finanzierungsplan „Katastrophenschäden 2014“ in der Höhe von € 46.400,-- beschlossen werden soll. Ausfinanziert soll er durch Bundeszuschüsse und Zuführung vom ordentlichen Haushalt in der Höhe von jeweils € 23.200,-- werden.

Der Finanzierungsplan bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

## 13. 4. Nachtragsvoranschlag 2014:

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

### 13.a. Ordentlicher Haushalt

Janz erläutert den 4. ordentlichen Nachtragsvoranschlag 2014, welcher um € 45.200,-- erweitert werden soll. Die Änderung gegenüber der Finanzausschusssitzung resultiert aus der Zuführung für die Finanzierung der Katastrophenschäden 2014 in der Höhe von € 7.100,00.

Die einzelnen Nachträge sind aus den beiliegenden Unterlagen zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **22 zu 0** Stimmen den vorliegenden 4. ordentlichen Nachtragsvoranschlag 2014 über € 45.200,00. Der 4. ordentliche Nachtragsvoranschlag 2014 bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

### 13.b. Außerordentlicher Haushalt

Janz erläutert den 4. außerordentlichen Nachtragsvoranschlag 2014, welcher um € 36.900,-- erweitert werden soll und nun gesamt € 1.034.400,-- beträgt.

Die einzelnen Nachträge sind aus den beiliegenden Unterlagen zu entnehmen.

Kohlweg kommt wieder um 19:25 Uhr zur Sitzung.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen den vorliegenden 4. außerordentlichen Nachtragsvoranschlag 2014 über € 36.900,00. Der 4. außerordentliche Nachtragsvoranschlag 2014 bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

#### **14. Stellenplan 2015**

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

Janz teilt mit, dass der Stellenplan 2015 dem aktuellen Stellenplan entspricht.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen den Stellenplan 2015. Dieser bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

#### **15. Voranschlag 2015:**

Berichterstatter: Janz Matthias, Obmann des Finanzausschusses

##### 15.a. Ordentlicher Haushalt

Janz erläutert den ordentlichen Voranschlag 2015, welcher Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 4.910.900,-- vorsieht. Nähere Details sind dem Voranschlag 2015 zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen den ordentlichen Voranschlag 2015 mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 4.910.900,00.  
Der ordentliche Voranschlag 2015 bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

##### 15.b. Außerordentlicher Haushalt

Janz erläutert, dass der außerordentliche Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 334.800,-- umfasst. Nähere Details sind dem Voranschlag zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen den außerordentlichen Voranschlag 2015 mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 334.800,00.  
Der außerordentliche Voranschlag 2015 bildet einen integrierenden Bestandteil des Beschlusses.

##### 15.c. Mittelfristiger Finanzplan 2015 bis 2019

Der Mittelfristige Finanz- und Investitionsplan 2015 – 2019 gliedert sich in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Abschnitt. Nähere Details sind dem Finanzplan 2015 – 2019 zu entnehmen.

**BESCHLUSS:** Auf Antrag des Finanzausschusses beschließt der Gemeinderat mit **23 zu 0** Stimmen den Mittelfristigen Finanzplan 2015 – 2019.  
Dieser bildet einen integrierenden Bestandteil der Niederschrift.

**16. Personelles:**

Seunig bittet um 19:28 Uhr Frau Weyer von der Kleinen Zeitung den Sitzungssaal zu verlassen.

Siehe nicht öffentliches Protokoll.

Um 20:30 Uhr bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:



Der Amtsleiter:



Die Mitglieder:



Die Schriftführerin:

